

Änderungsanträge

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 14/5710**

Staatshaushaltsplan 2010/2011

Einzelplan 10: Umweltministerium

LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
14. Wahlperiode

Drucksache 14/5810-1

Änderungsantrag
der Fraktion GRÜNE

zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses – Drucksache 14/5710
zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2010/2011

Epl. 10 Umweltministerium

Auf umweltpolitische Herausforderungen reagieren

Der Landtag wolle beschließen,

- 1. Kap. 1006 Immissionsschutz, Arbeitsschutz, Abfallwirtschaft**
Tit. Gr. 78 Maßnahmen des Immissionsschutzes
Titel 534 78 Dienstleistungen Dritter und dgl.
S. 80

	2010	2011
	Tsd. €	Tsd. €
statt	1.245,0	1.245,0
zu setzen	1.687,0	1.687,0

- 2. Kap. 1010 Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz**
Baden-Württemberg
Titel 685 01 Zuschuss an die Landesanstalt für Umwelt, Messungen
und Naturschutz Baden-Württemberg
S. 123

	2010	2011
	Tsd. €	Tsd. €
statt	17.816,6	16.816,6
zu setzen	18.632,3	18.632,3

Stuttgart, den 01.02.2010

Dr. Splett, Kretschmann und Fraktion

Begründung:

Ministerpräsident Oettinger hat in der Regierungserklärung 2006 auf die großen umweltpolitischen Herausforderungen hingewiesen. Diesen Herausforderungen und neuen umweltpolitischen Aufgaben stehen nun aber erneute Kürzungen im Umweltressort gegenüber.

Diese treffen in besonderer Weise Arbeitsbereiche, in denen Aufgaben gewachsen sind und neue Konzepte und Maßnahmen entwickelt werden müssen.

Der vorliegende Antrag greift zwei Bereiche heraus, in denen gekürzt und aus Sicht der GRÜNEN die „Schmerzgrenze“ damit deutlich überschritten wird:

1) Der Nachhaltigkeitsbeirat des Landes bezeichnet den Lärmschutz als das größte ungelöste Umweltproblem in Baden-Württemberg. Die Diskussion um Lärmaktionspläne, aber auch die Auseinandersetzungen um Luftreinhaltepläne und Umweltzonen zeigen, dass in Baden-Württemberg im Bereich Immissionsschutz noch viel zu tun ist. Laut Vorwort für den Geschäftsbericht zum Staatshaushaltsplan 2010/2011 sind „verstärkte Anstrengungen notwendig, um insbesondere die Konzentrationen von Feinstaub und Stickstoffdioxid in der Luft weiter zu reduzieren“. Betont wird auch, dass es im Lärmschutz einer „gemeinsamen Anstrengung von Bund, Ländern und Gemeinden“ bedarf.

Vor diesem Hintergrund sind die im Haushaltsplanentwurf vorgenommenen Kürzungen in diesem Bereich nicht nachvollziehbar. Wir beantragen, zumindest die Mittelansätze des Vorjahres beizubehalten, damit wichtige Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung ergriffen werden können.

2) Die Aufgaben der LUBW haben sich in den letzten Jahren deutlich vermehrt, nicht zuletzt aufgrund von EU-Vorschriften u. a. in den Bereichen Lärm, Luftreinhaltung, Naturschutz und Gewässerschutz. Die Zielsetzung einer nachhaltigen Entwicklung und der Klimawandel gehen mit neuen umweltpolitischen Herausforderungen einher, die zusätzlichen Forschungs-, Beratungs- und Umsetzungsbedarf nach sich ziehen. Die LUBW ist sozusagen der „amtliche Thinktank“ der Landesregierung für Umweltschutz, ohne den innovative Konzepte nur schwerlich realisierbar sind.

Dem stehen in der Realität ein stetiger Personalabbau und erhebliche Mittelkürzungen bereits in den vergangenen Jahren gegenüber. Weitere Kürzungen führen zwangsläufig zu einer Schwächung der für die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs wichtigen konzeptionellen Arbeiten im umweltpolitischen Bereich. Zu befürchten ist, dass selbst Pflichtaufgaben nicht mehr in der notwendigen Art und Weise erledigt werden können.

Wir fordern deshalb zumindest eine Beibehaltung des Mittelansatzes von 2009.

Die Vorschläge der Grünen sind durch Einsparungsvorschläge an anderer Stelle gegenfinanziert.

Landtag von Baden-Württemberg**Drucksache 14/5810-2****14. Wahlperiode****Änderungsantrag****der Fraktion der SPD**

**zur Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 14/5710
zum Entwurf des Staatshaushaltsplans für 2010 und 2011**

Einzelplan 10 Umweltministerium**Aufstockung der Fördermittel für die ökologische Altbausanierung**

Der Landtag wolle beschließen:

Kap. 1007	Umweltpolitik, Nachhaltigkeit, Technik		
Titelgruppe 78	Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien, Programm „Zukunft Altbau“		
Titel 664 78 S. 103	Zinszuschüsse mit Vorausabfindung		
		2010	2011
		TSD €	TSD €
	Statt	1.422,5	1.422,5
	Zu setzen	16.422,5	16.422,5

2. Februar 2010

Schmiedel, Dr. Schmid und Fraktion

Begründung

„Im privaten Wohnungsbestand und Wohnungsbau besteht ein großes ungenutztes Potential für die regenerative Wärmeerzeugung, das durch verbilligte Kredite der L-Bank erschlossen werden soll.“ - so lautet die Erläuterung zu diesem Titel im Haushaltsentwurf. Die Feststellung ist völlig richtig, allerdings ist der bisher von der Landesregierung hier vorgesehene Mitteleinsatz für diesen wichtigen Zweck viel zu gering. Die Mittelaufstockung in diesem Bereich ist auch ein Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele in Baden-Württemberg.